

Leistungen auf dem Prüfstand

ZUG red. Der innerkantonale Finanz-ausgleich im Kanton Zug wird einer Reform unterzogen. Ziel des Projekts ist es, dass Kosten gespart und nicht einfach verlagert werden. Dafür haben Kanton und Gemeinden nun die entsprechenden Ziele beschlossen. Dazu gehört auch das Überprüfen sämtlicher Aufgaben. Es müsse nun herausgearbeitet werden, auf welche Aufgaben künftig verzichtet werden kann, so die Zuger Regierung. Die Reform soll ab 2019 umgesetzt werden. Dann soll auch der Solidaritätsbeitrag der Gemeinden an das kantonale Sparpaket von jährlich 18 Millionen Franken entfallen.

Neue Halle für Radsportler

ALTDORF bar. Der Verein Radsport Altdorf hat an einer ausserordentlichen Generalversammlung grünes Licht für den Bau einer eigenen Radsport- und Trainingshalle erteilt. Die Baukosten dürften rund 750 000 Franken betragen, die Arbeiten sollen im Mai starten. Läuft alles nach Plan, könnte die Halle Ende Jahr benützt werden.

«Mit dem Entscheid haben wir einen wichtigen Schritt für die Zukunft unseres Vereins, aber auch für den Radball- und Kunstradsport generell getan», so Vereinspräsident Markus Leu. Die Sportart geniesse in Uri einen hohen Stellenwert.

Bund soll agieren statt reagieren

OBWALDEN Die Regierung fordert vom Bund Korrekturen im Asylwesen. Einmal mehr im Fokus stehen Asylsuchende aus Eritrea.

ADRIAN VENETZ
adrian.venetz@obwaldnerzeitung.ch

Gleich mehrere Vorschläge und Kritikpunkte äussert die Obwaldner Regierung in ihrem Schreiben an den Bund. Den Brief selbst macht der Regierungsrat zwar nicht publik, in einer Pressemitteilung aber liess er gestern den Inhalt und dessen Intention verlauten (siehe Kasten). Grund für den Unmut: «Die Aufnahmekapazitäten in den Kantonen und in den Gemeinden sind allmählich erschöpft, und es wird immer schwieriger, geeignete Unterbringungsmöglichkeiten zu finden und zu betreiben», schreibt die Regierung.

Warum gerade Obwalden?

Rennt man mit den Forderungen beim Bund nicht offene Türen ein? «Das sollte man meinen. In der Praxis aber gehen gewisse Vorstellungen auseinander», sagt die Obwaldner Sicherheits- und Justizdirektorin Maya Büchi gegenüber unserer Zeitung. «Wir wünschen uns, dass der Bund nicht einfach nur ›Verständnis‹ hat für unsere Sorgen, sondern konkretere Konzepte vorlegt und Szenarien erarbeitet, die über blosse Annahmen hinausgehen.» Natürlich, so räumt Büchi ein, sei es gerade im

Aufnahmestopp für Eritreer

FORDERUNGEN ve. Bei diesen fünf Punkten soll der Bund über die Bücher, findet die Obwaldner Regierung:

- Die Unterkunfts-kapazitäten des Bundes sind rasch zu erhöhen. Dadurch erhalten die Kantone mehr Vorlaufzeiten, um ihren Verpflichtungen nachzukommen. Der bisherige Verteilmechanismus ist anzupassen. Asylsuchende sollen in Grosszentren in der Verantwortung des Bundes über einen längeren Zeitraum verweilen können.
- ›Schengen‹ und ›Dublin‹ müssen konsequent und gegenseitig angewendet werden. Es gilt, Prioritäten zu setzen. Dazu kann beispielsweise ein **Aufnahmestopp für Asylsuchende aus Eritrea** und andere afrikanische

Staaten zählen. Bei unklaren Situationen ist lediglich Nothilfe zu gewähren.

- Die durch die Kantone erbrachten Leistungen sollen adäquat abgegolten werden. Die **aktuelle Entschädigung** über die Bundespauschale deckt die Kosten der Kantone nicht und ist ungenügend.

- Jetzt sind Szenarien für die Situation im Frühling 2016 und später zu entwerfen und den Kantonen zur Kenntnis zu bringen. **Die längerfristige Perspektive** soll auch aufzeigen, wie allenfalls Rückführungen erfolgen können.

- Eine **offenere Kommunikation** nach aussen ist unabdingbar. Die getroffenen Massnahmen sollen der Bevölkerung aktiver mitgeteilt werden.

Asylbereich ungemein schwierig, langfristige Prognosen und Konzepte zu erarbeiten – dies sehe man mit Blick auf Europa besonders deutlich. Trotzdem wünscht sich die Regierung, dass der Bund «vermehrt agiert und nicht nur reagiert», wie Maya Büchi sagt.

Dass nun gerade Obwalden beim Bund vorstellig wird und Probleme im Asylwesen aufzeigt, ist etwas überraschend. Dank dem Bundesasylzentrum auf dem Glaubenberg muss der Kanton nämlich vorderhand keine (anerkannten) Flüchtlinge aufnehmen und in den Gemeinden unterbringen. «Momentan sind wir tatsächlich in einer komfortab-

len Situation», sagt Büchi. «Aber was ist in drei Jahren, wenn das Bundesasylzentrum schliesst? Darauf müssen wir vorbereitet sein.»

Brief in Absprache verfasst

Der Brief an den Bund sei in Absprache mit der Zentralschweizer Regierungskonferenz (ZRK) erfolgt, schreibt der Regierungsrat weiter. Post aus der Zentralschweiz zum Thema Asylwesen ist für Bundesrätin Simonetta Sommaruga beileibe kein Novum: Der Luzerner Sozialdirektor Guido Graf (CVP) hat inzwischen mehrere Briefe nach Bern geschickt. Bereits im August 2015 for-

derte er, dass Asylsuchende aus Eritrea in der Schweiz nicht mehr als Flüchtlinge anerkannt werden sollen. Der Schwyzer Landammann Andreas Barraud (SVP) blies ins selbe Horn und forderte von den Kantonen ein Protestzeichen Richtung Bern. Die Nidwaldner Regierung schickte zwei Wochen später ebenfalls einen Brief an Sommaruga zum Thema Eritrea. Und die Obwaldner Regierung verlangte bereits damals in einem Schreiben an den Bund eine bessere Kommunikation.

Mit dem vorgeschlagenen Aufnahmestopp für Asylsuchende aus Eritrea steht Obwalden also nicht allein da. Bundesweit fordern Politiker Massnahmen, damit die Zahl der Asylgesuche aus Eritrea sinkt (Ausgabe von gestern). Regierungsrätin Büchi wünscht sich eine klarere Gangart. «Es ist nicht akzeptabel, dass der Bund sagt: ›Die Situation ist unklar, darum nehmen wir Eritreer auf.‹ Ich erwarte vom Bundesrat, dass er dieses Nichtwissen durch Wissen ersetzt.»

Vieles bereits erfüllt?

Das eidgenössische Justiz- und Polizeidepartement will zum Brief aus Obwalden noch nicht Stellung nehmen. «Wie üblich wird der Bundesrat auf diesen Brief antworten», sagt Sprecher Philipp Schwander. Dennoch lasse sich festhalten, dass «den meisten Anregungen des Kantons Obwalden bereits heute Rechnung getragen wird und entsprechende Arbeiten laufen». So zum Beispiel würden die Kantone zusammen mit dem Bund eine Vorsorgeplanung für den Notfall erarbeiten. Und die Kantone würden zweimal wöchentlich über die aktuellen Entwicklungen informiert.

Blutrache mit Auto: 3 Jahre Freiheitsstrafe

LUZERN red. Der «Unfall» geschah am 3. April 2012 in Wolhusen: Ein heute 29-jähriger Kosovare fuhr an der Bahnhofstrasse in Wolhusen mit seinem Auto von hinten in einen Mann, der auf dem Trottoir lief. Der Fussgänger erlitt dabei einen offenen Bruch am Unterschenkel. Die Verletzung fiel gemäss den polizeilichen Ermittlungen nur deshalb nicht schwerer aus, weil der Mann kurz vor der Kollision von einem Passanten gewarnt worden war und zur Seite springen konnte.

Urteil weitergezogen

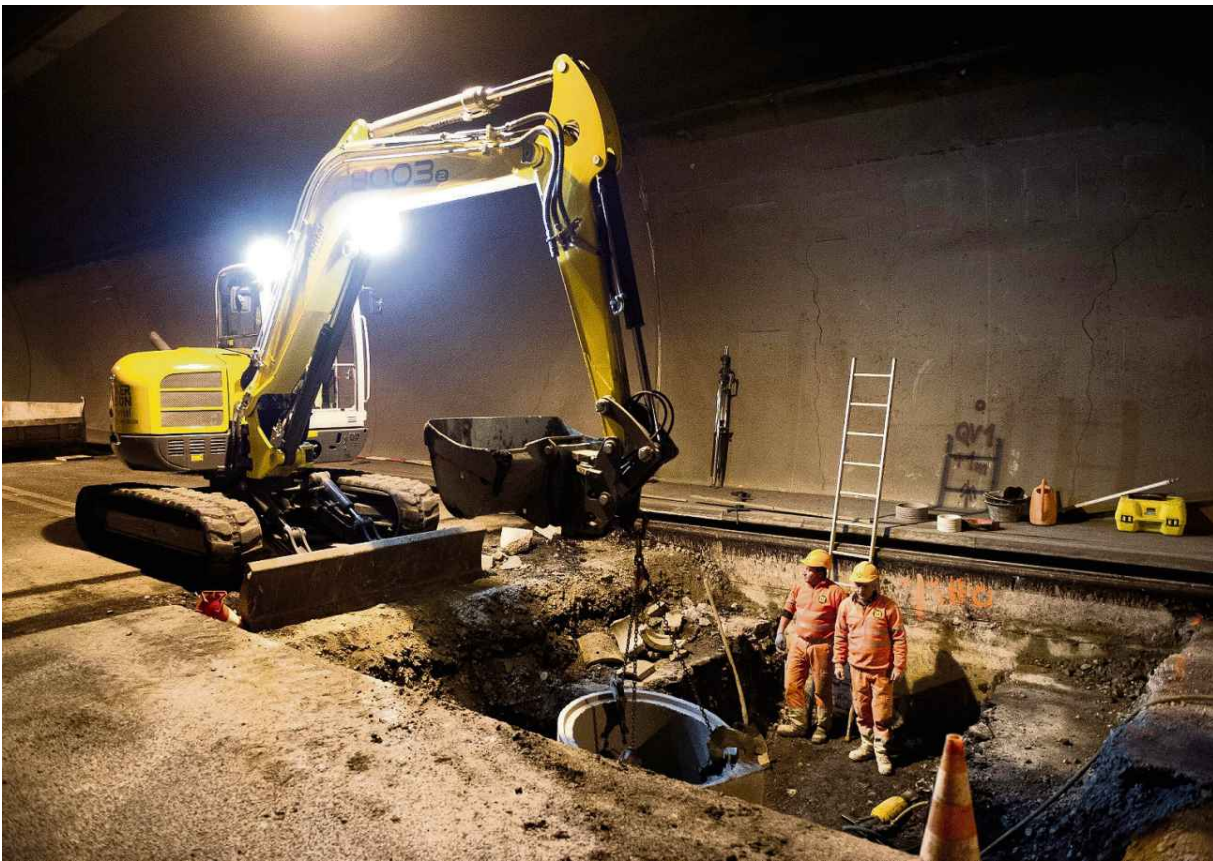
Handelte es sich um einen Unfall, oder steckte gar mehr dahinter? Diese Frage musste das Luzerner Kantonsgericht klären, nachdem der Unfallfahrer und in der Folge auch die Staatsanwaltschaft das erstinstanzliche Urteil weitergezogen haben. Wie das Kriminalgericht kommt nun auch das Kantonsgericht zum Schluss, dass es kein Unfall war. Vielmehr handle es sich um eine Vergeltungstat, ganz nach dem Motto «Auge um Auge».

Laut Kantonsgericht kann ein technischer Defekt am Fahrzeug aufgrund eines Gutachtens ausgeschlossen werden. Weiter habe der Beschuldigte mehrfach widersprüchliche Aussagen gemacht. Das Gericht betrachtete es als erwiesen, dass der Beschuldigte sein Opfer absichtlich angefahren hatte. Er habe (wenn auch zu Unrecht) angenommen, der Fussgänger habe ihn bei einer Auseinandersetzung im Vorjahr verletzt. Nun habe er sich mit seiner Fahrt für die Verletzung am Kiefer rächen wollen.

Vor Kollision abgebremst

Der Kosovare hatte vor der Kollision von zirka 50 auf 15 bis 30 Stundenkilometer abgebremst. Eine versuchte vorsätzliche Tötung liege daher nicht vor, so das Kantonsgericht. Es sprach den Beschuldigten aber einer versuchten schweren Körperverletzung schuldig und setzte die Freiheitsstrafe auf drei Jahre fest. Davon sind 18 Monate unbedingt zu vollziehen. Das Urteil ist rechtskräftig.

Tunnel Sachseln wird sicherer



Arbeiter bauen im gesperrten Tunnel Sachseln einen Entwässerungsschacht ein.

Bild Corinne Glanzmann

SACHSELN Der A-8-Tunnel wird aufgerüstet und ist für den Verkehr gesperrt. Die Arbeiten sind dem Zeitplan voraus.

unp. Mit einem gewaltigen Wasserdruck von 2000 bar schneiden die Arbeiter über dem Südportal des Sachslers A-8-Tunnels zwei Längsschlitzte von 2 Metern Breite und 9 Metern Länge in den Beton der Decke. Später wird darüber ein Gehäuse für die Tunnellüftung entstehen, in dem riesige Ventilatoren untergebracht sind. Auf der Nationalstrasse darunter ruht deshalb der Verkehr. Der 5,2 Kilometer lange Tunnel ist seit Montag gesperrt und bleibt dies bis am frühen Morgen des 18. März.

Die neuen Ventilatoren sollen die Lüftungsströme kontrollieren und das Tunnelklima dem Aussenklima angleichen. In Ereignisfällen könnte die Rauchgasabsaugung unterstützt werden. «Hätte man diese Ventilatoren im Tunnel aufhängen wollen, hätten wir die Röhre vergrössern müssen, was viel teurer gewesen wäre», erklärt Projektleiter Thomas Kloth vom Bundesamt für Strassen (Astra).

«Bester Zeitpunkt für Vollsperrung»

Rund 8500 Fahrzeuge passieren im Durchschnitt täglich den Sachslers Tunnel. Nun rollt der Verkehr durchs Dorf. «Wir haben aufgrund der saisonalen Zahlen bestimmt, wann der beste Zeitpunkt für die Totalsperrung ist», sagt Thomas Kloth.

Parallel zum Tunnel ist bereits ein Sicherheitsstollen im Bau. Die Tunnelbauer, die beim Ausbruch einen Vor-

sprung von vier Monaten aufs Bauprogramm herausgeholt haben, wollen die Vollsperrung gezielt nutzen. So sind momentan auch in der eigentlichen Tunnelröhre und im Sicherheitsstollen 30 bis 40 Arbeiter rund um die Uhr am Werk.

Vom Sicherheitsstollen aus werden bis im Sommer 2017 alle 250 Meter Querverbindungen zur Fahröhre gebaut. Im Sprengvortrieb tasten sich die Mineure bis etwa 2,5 Meter an die Röhre heran, der Rest wird von Kleinbaggern mit Pressluftschlämmern ausgebrochen. Dies wird während 45 Nachtsperrungen in den Sommermonaten 2016 und 2017 geschehen. Momentan sind vier Querverbindungen fertig oder in Arbeit. «Wir sind absolut auf Kurs», freut sich Kloth. Nach wie vor seien die Arbeiten am 140-Millionen-Projekt dem Zeitplan voraus. Die Übergabe vom Rohbau an die Betriebs- und Sicherheitsausrüstung werde im November 2017 stattfinden.

Gästival bringt 17 Millionen ein

INNERSCHWEIZ red. Der Grossanlass zum 200-Jahr-Jubiläum des Tourismus in der Zentralschweiz – Gästival – hat im letzten Jahr eine direkte Wertschöpfung von 17 Millionen Franken generiert. Dies schreiben die Organisatoren in einer Mitteilung. Die Beiträge der Inner-schweizer Kantone von insgesamt 1,5 Millionen Franken seien in ihrer volkswirtschaftlichen Wirkung somit mehr als verzehnfacht worden. Laut Adelbert Bütler, Präsident des Trägervereins 200 Jahre Gastfreundschaft Zentralschweiz, handelt es sich um eine vorsichtige Schätzung.

Der Trägerverein des Gästivals kann zum Abschluss seiner Tätigkeit eine ausgeglichene Rechnung präsentieren. Einnahmen und Ausgaben betrugen rund 8 Millionen Franken. Inzwischen wurde der Verein wieder aufgelöst, die Tätigkeiten des Gästivals wurden eingestellt.

Dennoch soll sich der Nutzen des Anlasses nicht auf das letzte Jahr beschränken. Unter anderem ist die Seerose in den Besitz des Vereins MuTh in Vitznau als Teil eines Nationalen Zentrums für Jugend, Musik und Theater übergegangen.